

X. Unsere Alternativen zu Arbeitsplatzabbau und Arbeitslosigkeit

In Baden-Württemberg sind fast 400 000 Menschen arbeitslos. Mit einer Arbeitslosenquote von 7 % im Jahresmittel schneidet Baden-Württemberg im Vergleich mit anderen Bundesländern noch relativ gut ab, der Trend ist jedoch ungünstig. Baden-Württemberg ist von Rationalisierungsmaßnahmen und Arbeitsplatzverlagerungen in hohem Maße betroffen. Kein Tag vergeht, ohne dass Unternehmen, Land oder Kommunen weiteren Arbeitsplatzabbau betreiben. Produktionen werden ins Ausland verlagert. Während einerseits die Arbeit immer mehr intensiviert und die Arbeitszeit verlängert wird, werden andere in die Arbeitslosigkeit geschickt. Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzabbau sind die modernen Geiseln für die Menschen. Besonders unerfreulich sind die Jugendarbeitslosigkeit und der Mangel an Ausbildungsplätzen. Hier ist die Kurzsichtigkeit der Politiker und der Verantwortlichen der Wirtschaft unerträglich.

Die Eingliederung der nahezu 400 000 arbeitslosen Menschen in unserem Land, würde das Brutto-Inlandsprodukt (BIP) um etwa 22 Mrd. € steigern, verbunden mit einer Erhöhung der Steuereinnahmen um etwa 4,8 Mrd. € und Mehreinnahmen bei den Sozialabgaben von etwa 4,4 Mrd. € Gleichzeitig würden dadurch die Kosten in Höhe von etwa 3,8 Mrd. € die durch die Arbeitslosigkeit verursacht werden, vermieden. Der Abbau der Arbeitslosigkeit ist deshalb nicht nur aus sozialen Gründen dringend geboten, er ist auch der Schlüssel zur Lösung der Haushaltsprobleme. An erster Stelle muss die Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit stehen, aber auch die sehr hohe Arbeitslosigkeit bei älteren Arbeitnehmern ist unerträglich. Arbeitslosigkeit wird aber nicht durch die Bestrafung und Diskriminierung der Arbeitslosen beseitigt und auch nicht durch Aktionismus, wie z.B. die faktische Aufhebung des Kündigungsschutzes, sondern durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik.

Die Fehlentwicklungen der letzten Jahre

- **Mangel an Ausbildungsplätzen**

Da die Betriebe die berufliche Ausbildung nicht garantieren und in wenigen Jahren Fachkräftemangel herrscht, ist es in höchstem Maße verantwortungslos, dass die privaten und öffentlichen Unternehmen selbst für die geburtenschwachen Jahrgänge nicht mehr genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Laut DGB fehlen in Baden-Württemberg in diesem Jahr 30.700 Lehrstellen. Dies ist die Folge der verblendeten, kurzfristigen Gewinnmaximierung. Wenn die Betriebe nicht mehr Willens sind, für die Heran- und Weiterbildung der Fachkräfte zu sorgen, dann ist der Staat gezwungen, diese Lücke zu schließen; dazu ist er von der Wirtschaft mit den erforderlichen finanziellen Mittel auszustatten.

Die gerechteste Lösung ist eine Bildungsabgabe in Abhängigkeit der Höhe der Wertschöpfung der Betriebe, unter Berücksichtigung der Anzahl der betrieblichen Ausbildungsplätze. Die Betriebe, die nicht ausbilden, aber von der Ausbildungsleistung anderer profitieren, müssen einen angemessenen Beitrag leisten, während andere, die ausbilden, entsprechend entlastet werden.

Wer nicht ausbildet, muss zahlen.

- **Arbeitsplatzabbau**

Investitionen in die Rationalisierung der Arbeit sind dann wünschenswert, wenn sie zur Verbesserung des Lebensstandards der Menschen beitragen, entweder durch eine

Entlastung bei der Arbeit, eine Verkürzung der Arbeitszeit oder ein höheres Einkommen. Oft gehen einem Arbeitskräfteabbau aber gar keine Rationalisierungsinvestitionen voraus, es wird einfach eine Umverteilung derselben Arbeit auf weniger Mitarbeiter vorgenommen. Dies führt zu einer Höherbelastung des einzelnen Mitarbeiters zur Maximierung des Gewinns der Kapitalgeber, oft verbunden mit Arbeitszeitverlängerung ohne zusätzliche Entlohnung, oder sogar mit Kürzungen beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Die Drohung des Arbeitsplatzabbaues geht einher mit der Erpressung ganzer Belegschaften. Diese Politik führt zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit und nicht zu mehr Arbeit. Der höheren Produktivität steht keine höhere Kaufkraft gegenüber. Den Gewinn streichen die Arbeitgeber ein.

Zusätzlich werden Arbeitsplätze durch die Verlagerung in Niedriglohnländer abgebaut und dieser Abbau wird durch EU-Förderprogramme unterstützt. Dadurch gehen nicht nur Arbeitsplätze für Geringqualifizierte verloren, inzwischen sind auch Arbeitsplätze für hochqualifizierte Fachkräfte betroffen, bis hin zu Naturwissenschaftlern in der Forschung und IT-Fachkräften zur Steuerung von Computerzentralen. Diese Geschäftspolitik führt zu einem Niedergang der Volkswirtschaft, denn ohne adäquate Einkommen können die Produkte und Dienstleistungen nicht nachgefragt werden. Diese Politik führt in eine Depression, es ist die Folge der grenzenlosen Globalisierung, einer überstürzten Osterweiterung der EU und der Maßlosigkeit der Investoren.

Die Arbeitszeitverlängerung der Bediensteten des Landes verstärkt das Problem der Arbeitslosigkeit. Allein mit dieser Maßnahme werden 27 000 Arbeitsplätze des Landes wegfallen. Wo sollen denn die Arbeitskräfte noch Arbeit finden, wenn alles nur noch Arbeitsplätze abbaut und spart? Diese Sackgassenpolitik muss durchbrochen werden.

- **Entlassungen trotz hoher Gewinne ist unverantwortlich**

Immer mehr Betriebe veranlassen trotz hoher Gewinne Massenentlassungen. Dies bringt menschliches Elend und schwächt die Inlandsnachfrage. Diese Managementpraktiken sind auch kurzsichtig und führen langfristig zu weniger Gewinnaussichten, denn nur Menschen können Werte schaffen und damit Gewinne erwirtschaften.

Wir unterstützen daher den Kampf der Gewerkschaften und der Kolleginnen und Kollegen zur Erhaltung der Arbeitsplätze.

Für eine aktive Arbeitsmarktpolitik

- **Reguläre Arbeitsplätze statt Ein-Euro-Jobs**

Bundesweit sind 600 000 Ein-Euro-Jobs geplant, dies entspräche ungefähr 60 000 für Baden-Württemberg. Die Kosten für diese 60 000 Ein-Euro-Jobs betragen etwa 790 Mio. € im Jahr, davon erhalten die Träger, die Ein-Euro-Jobs anbieten, 274 Mio. €. Wenn zu dem Betrag von 790 Mio. € nochmals netto 285 Mio. € zusätzlich aufgewendet werden, können damit dieselbe Anzahl, also 60 000 reguläre tariflich

bezahlte Arbeitsplätze mit einem Durchschnittsverdienst von 26 000 €/Jahr, geschaffen werden.

Brutto sind zunächst 770 Mio. € aufzuwenden, davon kommen dann etwa 485 Mio. € als Lohnsteuern und Sozialabgaben wieder zurück.

Mit netto 285 Mio. € können 60 000 reguläre, tariflich bezahlte Arbeitsplätze mit einem Durchschnittsverdienst von 26 000 €/Jahr geschaffen werden, das sind weniger als 12 % der Einnahmen, die aus der von uns vorgeschlagenen Wiedereinführung der Vermögensteuer zu erwarten sind. Für diesen geringen Betrag erhält die Baden-Württemberg die zusätzliche Wertschöpfung von 60 000 Vollzeitbeschäftigten.

- **Vergabe öffentlicher Aufträge**

Bei der Vergabe von Aufträgen durch die öffentlichen Auftraggeber müssen in Zukunft auch die sekundären Effekte aus der Auftragsvergabe, wie z.B. die dadurch zu erzielende wirtschaftliche Belebung und Umweltbelastung, durch den zusätzlichen Verkehr in die Bewertung und Ermittlung des günstigsten Bieters berücksichtigt werden.

Ebenso sind bei der Vergabe Vorteile aus der räumlichen Nähe der Betriebe bei Wartungsarbeiten und Notfällen von Bedeutung.

Damit auch kleinere, lokale Betriebe Angebote abgeben können, sind Aufträge soweit möglich in kleine Lose aufzuteilen.

Alle für die öffentliche Hand tätig werdenden Unternehmen sind in den Ausschreibungen bereits an die Einhaltung örtlicher Mindestlöhne bzw. Tarifverträge zu binden. General- und Hauptauftragnehmer sind ohne Ausnahme für die Einhaltung aller gesetzlichen und tarifrechtlichen Bestimmungen auch ihrer Subunternehmen verantwortlich und können in Haftung genommen werden, das gilt auch für die Erfüllung der Verpflichtung zur Zahlung der Löhne, Steuern und Sozialabgaben.

Unternehmen, die selbst oder als Generalauftragnehmer Verstöße gegen geltendes Recht und Tarifverträge begehen oder zulassen, sind für einen angemessenen Zeitraum (nicht unter zwei Jahren) in Baden-Württemberg von allen Vergabeverfahren der öffentlichen Hand oder öffentlich geförderten Unternehmen und Einrichtungen auszuschließen.

- **Schutz kleiner Handelsbetriebe**

Zum Schutz kleiner und mittlerer Handelsbetriebe und der Beschäftigten im Handel ist die WASG gegen die Erweiterung oder Freigabe der Ladenöffnungszeiten und für die Einführung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung für die Tarifverträge in Baden-Württemberg. Auch die Genehmigungen von neuen Einkaufszentren in Gewerbegebieten sind vom Ergebnis der Abschätzung der Folgewirkungen auf die bestehenden Betriebe abhängig zu machen. Es ist nicht weiter hinnehmbar, dass durch diese Entwicklung die Innenstädte und der Einzelhandel in den Stadtteilen sowie Dörfern an Attraktivität verlieren.

- **Förderung von Unternehmensgründungen**

Zur Anschubfinanzierung und weiteren Förderung von klein- und mittelständischen Unternehmen sind Landesbürgschaften zu übernehmen und der Einfluss als Gesellschafter auf die öffentlichen Kreditinstitute (in der Regel Sparkassen) zu nutzen. Insbesondere sind Genossenschaften zu unterstützen, die häufig von Mitarbeitern gegründet werden, deren Betriebe in den Konkurs gingen. Durch diese Initiativen können viele Arbeitsplätze gerettet werden. Wir regen an und unterstützen betriebliche, lokale und regionale Erfahrungs- und Ideenwerkstätten. Dies unterstützt auch die lokale und regionale Wirtschaftsentwicklung.

- **Unterstützung von sozialen Einrichtungen**

In Baden-Württemberg wird ein hoher Anteil gesellschaftlicher und sozialer Arbeit durch gemeinnützige Vereine, von Kirchen und Interessengruppen geleistet, sei es in der Unterstützung und Betreuung von Kranken und deren Angehörigen, von älteren Mitbürgern und von sozial Benachteiligten, die auf diese Hilfe angewiesen sind. Oft wird die Hauptarbeit durch ehrenamtlich Tätige geleistet oder durch Spendensammlungen organisiert, doch sind personelle wie auch materielle Mittel eng begrenzt. Hier muss das Land gezielt unterstützend eingreifen, um diese Dienste in Umfang und Qualität zu erhalten.

Aufgrund der „Sparwut“ der Landesregierung sind gerade in diesem Bereich viele Arbeitsplätze bereits abgebaut worden - und es werden weitere dem Rotstift zum Opfer fallen.

- **In die Zukunft investieren**

Bestandteil der aktiven Arbeitsmarktpolitik der WASG ist auch das Zukunftsinvestitionsprogramm, vor allem in Bildung und Forschung, mit dem wir unsere Wirtschaftsweise zukunftsfähig machen. Damit werden neue Arbeitsplätze geschaffen, die Arbeitslosigkeit gemindert und die Arbeitskräfte zur Erhaltung und Förderung des Wohlstandes jetzt und in der Zukunft sinnvoll eingesetzt.

- **Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge und Mindestlohn**

Um das Lohndumping und dadurch die weitere Schwächung der Kaufkraft zu unterbinden, sind die Tarifverträge per Gesetz als allgemein verbindlich zu erklären. Dadurch sind alle Betriebe, also auch diejenigen, die nicht dem Arbeitgeberverband angehören, verpflichtet, die in der jeweiligen Branche abgeschlossenen Tarifverträge einzuhalten. Dies ist vor allem zum Schutz der Beschäftigten erforderlich, aber auch aus Wettbewerbsgründen.

Da es auch Branchen ohne gültige Tarifverträge gibt, ist wie in vielen EU-Staaten ein verbindlicher Mindestlohn für alle Beschäftigten in Deutschland einzuführen, unabhängig von ihrem Wohnort. Dies schützt auch vor Lohndumping durch Arbeitskräfte aus Niedriglohnländern.

- **Kürzere Arbeitszeit für alle – statt Arbeitslosigkeit für viele**

Die immer stärkere Belastung derjenigen, die noch Arbeit haben, und die Ausgrenzung der Arbeitslosen von der Mitgestaltung unserer Gesellschaft kann nicht länger hingenommen werden. 50, 60 Stunden die Woche für die Einen und 0 Stunden für die Menschen ohne Erwerbsarbeit sind ein unerträglicher Zustand. Unsere umfangreichen Maßnahmen für mehr Arbeitsplätze und Beschäftigung werden zwar mittel- und langfristig weitgehend die Arbeitslosigkeit abbauen, kurzfristig ist aber auch eine Arbeitszeitverkürzung unabdingbar, um rasch das Problem der Arbeitslosigkeit spürbar zu mindern.

Die dann sinkende Arbeitslosigkeit führt zu rückläufigen Beitragssätzen bei den Sozialversicherungen; diese dadurch frei werdenden Mittel und die Produktivitätsgewinne sind für einen vollen Lohnausgleich zu nutzen.